

## Finanzkrise bremst Privatisierungspläne

Weil die Preise purzeln, setzt Halberstadt den geplanten Verkauf der Wohnungsgesellschaft aus

Von Hendrik Lasch

**Halberstadt verkauft, anders als geplant, seine Wohnungsgesellschaft zunächst nicht. Wegen der Bankenkrise sei der Erlös nicht hoch genug, sagt der linke Rathauschef, der das Vorhaben wegen leerer Kassen aber noch nicht endgültig preisgeben will.**

Halberstadt steckt seit Jahren in einer schweren Finanzkrise, die Welt seit mehreren Wochen. Nun sorgt der Trubel in der Bankenwelt dafür, dass die Stadt am Harz ihre finanziellen Probleme vorerst nicht wie erhofft lindern kann: Der geplante, aber sehr umstrittene Verkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaft HaWoGe wurde ausgesetzt. Der erhoffte Erlös sei angesichts der Probleme auf den globalen Finanzmärkten derzeit nicht zu erzielen, sagte Oberbürgermeister Andreas Henke (LINKE) auf ND-Anfrage. Das Rathaus hatte mit Einnahmen von 50 Millionen Euro gerechnet; derzeit gehen Experten nur noch von 30 Millionen aus.

Ursprünglich hatte Henke beabsichtigt, im Dezember eine Vorlage in den Stadtrat einzubringen. Geplant war, die Gesellschaft, die mit 4418 Wohnungen rund ein Drittel des Bestandes in der Stadt vermietet, vollständig zu verkaufen – allerdings, wie betont wurde, nicht an eine »Heuschrecke«, sondern an einen seriösen Käufer, beispielsweise ein anderes Wohnungsunternehmen. Mit dem Erlös wollte die Stadt Schulden tilgen. Halberstadt steht finanziell mit dem Rücken zur Wand: Die Stadt hat bei den Banken 45 Millionen Euro Schulden und dazu vom Land einen Kassenkredit über 12,5 Millionen Euro erhalten. Der Haushalt ist trotz enormer Anstrengungen und vieler Kürzungen bei freiwilligen Leistungen nicht gedeckt. Die Kommunalaufsicht drängt hartnäckig auf eine weitere Konsolidierung und verlangt, stadteigene Unternehmen nicht auszuklammern.

Angesichts dieser Notlage will sich der OB zunächst auch nicht endgültig von den Verkaufsplänen verabschieden – es sei denn, diese würden vom Stadtrat oder per Bürgerentscheid gebremst, sagte eine Sprecherin. Allerdings glaubt beispielsweise Wulf Gallert, Fraktionschef der LINKEN im Magdeburger Landtag, nicht an eine Erholung der Finanzmärkte in den nächsten Jahren, womit der Verkauf auf lange Sicht vom Tisch wäre. »Insofern hat die Finanzmarktkrise auch ihr Gutes«, sagt Gallert, der sich schon vor Wochen skeptisch zu den Privatisierungsplänen geäußert hatte – auch, weil sie die Glaubwürdigkeit der Politik der Landespartei gefährdeten: Die Sicherung kommunaler Daseinsvorsorge ist dort ein Schwerpunktthema. Henke hatte angesichts solcher Kritik aber betont, die Sicherung der finanziellen Gestaltungsmöglichkeit der Stadt sei »die umfassendste Daseinsvorsorge«.

Erleichtert über den Rückzieher sind auch andere Kritiker des geplanten Verkaufs wie Jost Riecke, Direktor des Landesverbands der Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt. Er betonte erneut die Rolle kommunaler Gesellschaften für den Stadtumbau – und verwies auf Negativbeispiele nach Privatisierungen. So verfällt in Magdeburg ein im Stadtbild sehr dominanter 16-Geschosser, dessen Käufer insolvent ist: »Irgendwann muss die Stadt auf eigene Kosten abreißen.«

Die Veräußerung von Wohnungen zur Konsolidierung von Etats ist nach Ansicht Rieckes ohnehin nicht hilfreich. Abgesehen davon, dass Wohnungsbestände bei Investoren derzeit »nicht mehr gefragt« seien und sich viele Käufer im Osten »mächtig verhoben« hätten, bleibe das Haushaltsdefizit in den Kommunen in der Regel bestehen. Vor diesem Problem steht auch Halberstadt – um so mehr, nachdem der Verkauf nun ausgesetzt wurde. Eine für 12. November geplanten Bürgerversammlung muss sich nun zwar nicht mehr mit der strittigen Privatisierung beschäftigen, dafür aber mit der Frage, wie Halberstadt auf anderem Wege die drohende Pleite abwendet.